

Vorlage Nr. GA 12/2023		
für die Sitzung des Gesundheitsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 12

Anträge zum Stellenplan 2024/2025

A Problem

Die Ämter wurden aufgefordert, Anträge zum Stellenplan 2024/2025 dem Personalamt mit der Stellungnahme des Fachausschusses vorzulegen.

Bei den Anträgen mit den lfd. Nummern 1 - 10 handelt es sich um Stellen, die durch Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses am 20.04.2021 neu geschaffen wurden und deren Finanzierung aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des ÖGD-Pakts erfolgen soll.

Bei dem Antrag Nr. 11 handelt es sich um einen anerkannten Bedarf im Bereich „Frühe Hilfen“, für den die Aufwendungen zentral über das Amt für Jugend, Familie und Frauen bei der Bundesstiftung Frühe Hilfen beantragt werden. Für die Jahre 2024 und 2025 ist mit dem entsprechenden Bewilligungsbescheid ca. im November 2023 zu rechnen.

Bei dem Antrag Nr. 12 ergibt sich die Zuständigkeit des Magistrats aus § 77 Medizinprodukte-recht-Durchführungsgesetz (MPDG), wonach der Magistrat für die Überwachung der Aufbereitung von Produkten, die bestimmungsgemäß keimarm oder steril zur Anwendung kommen. Im März 2023 wurde durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz – vorbehaltlich der Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024/2025 - eine Kostenerstattung zu 100 % in Aussicht gestellt.

B Lösung

Der Gesundheitsausschuss stimmt den anliegenden Anträgen (Nr. 1 – 12) zum Stellenplan 2024/2025 zu.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die beantragten Stellen werden ausschließlich vorbehaltlich des Bestehens einer 100 %-igen Drittmittelfinanzierung besetzt. Die für die beantragten Stellen erforderlichen Bürokapazitäten sind im Verwaltungsgebäude in der Wurster Straße 49 vorhanden.

Es liegen keine genderrelevanten oder klimaschutzzielrelevanten Auswirkungen vor. Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare öffentliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen ebenfalls nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Personalamt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag

Der Gesundheitsausschuss stimmt den anliegenden Anträgen (Nr. 1 – 12) zum Stellenplan 2024/2025 zu.

Neuhoff
Bürgermeister

- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 1
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 2
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 3
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 4
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 5
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 6
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 7
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 8
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 9
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 10
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 11
- Antrag zum Stellenplan 2024-2025 Amt 53 Nr. 12